

2018 gab es einen Entschließungsantrag von CDU und FDP. Der Landesbetrieb hat daraufhin ein Pilotprojekt zur Erprobung verschiedener Pflegevarianten zur dauerhaften Entwicklung von Blühstreifen entlang von Bundes- und Landesstraßen initiiert. Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet und vom LANUV unterstützt und umfassend ausgewertet. Da ich anhand der Diskussion ein allgemeines Interesse an dem Thema feststelle, bin ich gerne bereit, darüber im Ausschuss zu berichten, sobald die Auswertung des Projekts vorliegt.

Herzlichen Dank für Ihr Engagement in der Frage und für Ihre Aufmerksamkeit bei meiner Rede. Danke schön.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Wüst. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit stimmen wir ab. Der Ältestenrat hat die Überweisung des Antrags Drucksache 17/13392 an den Verkehrsausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz empfohlen. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es Gegenstimmen? – Nein. Enthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/13392** entsprechend **überwiesen**.

Ich rufe auf:

14 20 Jahre „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ – EEG Kartell endlich beenden, Verbraucher und Unternehmen entlasten!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8893

Beschlussempfehlung
des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Drucksache 17/13331

Die Aussprache ist eröffnet. Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mich wundert, dass Herr Dr. Blex nicht anwesend ist. Ich konnte ja neulich hier eine Rede halten, und da gab es einen Zwist. Sie alle kennen das wahrscheinlich, dass sich in den E-Mails ab und zu eine E-Mail von Meltwater befindet, in der dann immer gesagt wird: Ich war gestern oder vorgestern irgendwo in der Presse. – Vor ein paar Tagen habe ich das von

Meltwater bekommen, und in dieser Mail stand: „CDU-Mann will AfD-Physiker belehren und blamiert sich bis auf die Knochen.“ Ich habe mir dann gedacht: Oha, was ist denn jetzt passiert? Was war da? Ich habe mich auch ein wenig erschrocken, weil man vielleicht einmal etwas Falsches gesagt hat; das will ich nicht ausschließen.

Mich führte das dann auf die Seite „AfDay.de“. Ich vermute, weil es sich schon vom Wortspiel her erklären lässt, dass das von Ihnen ist. Als Erstes habe ich mich aber gefragt, warum Sie einen Anglizismus nutzen. Eigentlich nutzen Sie doch sonst immer die Sprache von Goethe, Schiller und Heine, wobei ich bei Heine bei Ihnen nicht so ganz sicher bin, ob das der Richtige ist. Aber darum geht es ja.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Wenn man dann ein wenig weiterliest, schreibt die AfD – ich zitiere –:

„Dr. Christian Blex ... würde nie mit einem promovierten Juristen über Urteile diskutieren. Jurist Dr. Christian Untrieser (CDU) dagegen glaubt, er könnte einen promovierten Naturwissenschaftler über die Grundbegriffe seines Faches belehren. Überraschung: Das ging gehörig nach hinten los.“

Ich habe dann wieder gedacht: Was kommt denn jetzt? – Ich gucke mir den Beitrag an, und da haben Sie so ein schönes Video gemacht.

(Thomas Röckemann [AfD]: Das war auch schön!)

Das Interessante ist, dass in diesem Video ausschließlich Herr Dr. Blex zu sehen ist, als er seine zweiminütige Tirade, seine Kurzintervention hält. Da ist kein einziges Wort und kein einziges Zitat von mir drin, aber ich finde es wunderbar, dass Sie diese Gelegenheit genutzt haben, einen vollkommenen Blödsinn in die Welt zu setzen. Da ist es wunderbar, was die AfD macht; vielen Dank. Ich freue mich auf das nächste Video von Ihnen.

(Beifall von der CDU und Dietmar Brockes [FDP])

Kommen wir zum Antrag. Meine Damen und Herren, das EEG ist grosso modo ein gutes Gesetz. Es hat dazu geführt, dass erneuerbare Energien in Deutschland ausgebaut werden. Im April dieses Jahres sind wir bei ca. 50 %. Ich habe auch heute Mittag geschaut, und da sind wir bei ungefähr 62 % erneuerbare Energien. Das ist eine gute Entwicklung.

Es gibt aber auch ein paar Dinge, die vielleicht besser hätten laufen können bzw. die man besser machen muss, wenn es demnächst mit einer neuen Bundesregierung und einem neuen Bundestag wieder an die Novelle geht.

Das Erste ist: Wir haben zu spät marktwirtschaftliche Instrumentarien in das EEG eingeführt.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ja, wir können auch ein wenig mehr. Ich sage ja auch, dass wir da noch mehr marktwirtschaftliche Instrumente einführen könnten. – Wir müssen dem Markt mehr vertrauen, wenn wir erneuerbare Energien ausschreiben. Das ist auch ein wenig der Vorwurf an die Grünen. Sie haben sich leider sehr, sehr lange gewunden und gewiegert,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass wir Ausschreibungssysteme haben. Die Ausschreibungssysteme seit dem EEG 2017 haben aber dazu geführt, dass wir ein effizienteres System haben.

Ein zweiter Punkt ist: Wir haben zu viele Regeln und Paragraphen. Das EEG ist immer dicker geworden. Es enthält immer mehr Paragraphen, Sonderregelungen und Tatbestandsmerkmale. Ich glaube, dass wir auch da besser werden müssen. Das muss komprimiert werden.

Ein dritter Punkt: Das EEG muss in einzelnen Bereichen einfacher werden. Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Den Strom aus einer PV-Anlage auf dem Dach muss man ohne viel administrativen Aufwand und damit leichter an den Nachbarn liefern können. Das würde die Energiewende voranbringen, und das wäre eine gute Entwicklung für uns.

Der vierte Punkt: Der Strom und speziell grüner Strom ist zu teuer, und wir haben zu viele Steuern, Abgaben und Umlagen. Ich würde mir wünschen, dass wir schnell dazu kommen, die Stromsteuer zu senken und die EEG-Umlage stärker zu senken. Erste Entwicklungen sind diesbezüglich in Berlin im Schwange, aber ich glaube, dass wir hier noch besser werden können. Wir können den Strom noch günstiger machen; es macht keinen Sinn, ihn hoch zu besteuern.

Wenn man einmal ins Ausland guckt, wie weit Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten mit erneuerbaren Energien ist, dann sage ich Ihnen: China hat im Jahr 2020 48 Gigawatt Photovoltaik installiert. Zum Vergleich: Wir sind in Deutschland insgesamt bei 53, und die wurden über 20 Jahre oder länger aufgebaut. Das hat China quasi in einem Jahr hinbekommen, und es sind auch 72 Gigawatt Wind neu hinzugekommen im Jahre 2020. Da sieht man die Dimension. Natürlich baut China auch Kohlekraftwerke. Die Diskussion will ich nicht anfangen. Aber auch die Erneuerbaren sind in China sehr stark vertreten.

In den Vereinigten Arabischen Emiraten wird gerade ein 2-Gigawatt-Solkraftwerk gebaut mit Stromgestehungskosten von 1,15 Cent pro Kilowattstunde. Und in Saudi-Arabien gibt es ein Projekt, da sind es sogar nur 1,03 Cent. Da sieht man, wie sich erneuerbare Energien entwickelt haben. Auch da werden wir wahrscheinlich nicht drankommen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Röckemann?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ah, ja, gerne.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Och nee!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Röckemann.

Thomas Röckemann (AfD): Schönen Dank, Herr Dr. Untrieser, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie sind ja nun auch studierter Jurist, promovierter Jurist. Mein Kollege Dr. Blex ist promovierter Mathematiker und Naturwissenschaftler. Sie haben sich gerade so über ihn beschwert, dass er Sie angeblich in Naturwissenschaften etwas belehrt hätte.

Jetzt sitze ich ja nun schon etwas länger neben Dr. Blex. Ich selber bin auch Jurist, und ich glaube, ich habe jetzt ein bisschen von Naturwissenschaften von ihm mitbekommen.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Was ist denn mit der Frage jetzt?)

Jetzt kommt die Frage: Glauben Sie tatsächlich an erneuerbare Energien?

(Zuruf von der SPD: Oh mein Gott!)

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Röckemann, herzlichen Dank, dass Sie mit dieser Frage meine Redezeit noch einmal verlängern, die war nämlich am Ende. Ich mache es einmal kurz, ich stelle eine genauso infantile Gegenfrage: Wenn Sie sich selber essen, sind Sie eigentlich weg oder doppelt so schwer? – Das dazu.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Das könnte ich in meinem Fall beantworten, Herr Kollege, tue ich aber nicht.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Jetzt habe ich, glaube ich, noch eine Minute Zeit. Ich komme noch einmal zu den USA. In den USA, dem Land der Freiheit und der Marktwirtschaft, wurden auch 2020 mehr Windräder und PV-Anlagen installiert als jemals zuvor. Vor allem Texas, das ist für mich immer das Land der Ölindustrie usw., Texas ist zum größten Windstromerzeuger der USA geworden. Da gibt es viele tolle Sachen. Die Frage ist ja: Warum ist das so der Fall in den USA?

Die Lösung ist ganz einfach. Es gibt einen dramatischen Kostenverfall bei PV und bei Wind. Seit 2009 ist es in Amerika 90 % günstiger geworden, Strom

aus der Sonne zu erzeugen. Und bei der Windenergie sind die Kosten um 70 % zurückgegangen. Deswegen ist da die Marktwirtschaft ein guter Mechanismus. Ich möchte schließen mit einem Zitat an die Adresse der AfD auch, Zitat eines ehemaligen US-Präsidenten: „It's the economy, stupid“. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Untrieser. – Jetzt ist eine Kurzintervention angemeldet von der AfD-Fraktion. Es spricht für die AfD-Fraktion der Herr Loose. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Ich habe gelernt, Herr Untrieser glaubt tatsächlich, Energien seien erneuerbar. So kann man zumindest die Antwort interpretieren. Und Sie glauben auch, dass die Sonnenverhältnisse von Saudi-Arabien anscheinend auf Deutschland übertragen werden können, weil Sie Vergleiche von PV-Anlagen in Saudi-Arabien mit Deutschland ziehen und uns damit weismachen wollen, dass sie in irgendeiner Weise marktwirtschaftlich seien.

Die PV-Anlagen in Saudi-Arabien funktionieren in der Regel nur mit einem Backup-Kraftwerk, meistens ein Gaskraftwerk. Das sollte man nicht verschweigen.

Sie verschweigen aber auch, dass wir seit 2005 einen europaweiten Zertifikatehandel haben und dass mit dem EEG damit keinerlei CO₂-Tonnen in der EU eingespart werden können, sondern dass das EEG nur dazu führt, dass wir insgesamt eine Erhöhung des CO₂ haben, weil zum Beispiel PV-Anlagen in China produziert werden, außerhalb des ETS-Zertifikatehandels. Wenn Sie also von Marktwirtschaft reden, sollten Sie sich erst mal den Markt genauer anschauen, Herr Untrieser. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Untrieser. Sie haben jetzt 1 Minute 30 für eine Reaktion, wenn Sie möchten. Bitte.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank, dass ich noch einmal Gelegenheit und Zeit habe, um darauf zu antworten. Herr Loose, Sie haben mir wieder nicht zugehört. Ich habe doch nicht gesagt, dass Deutschland vergleichbar ist mit Saudi-Arabien und wir den Strom genauso günstig produzieren können. Natürlich sind die Sonnenverhältnisse in Saudi-Arabien oder in anderen Regionen der Welt viel besser.

Aber was auch hier herausgearbeitet wurde, ist die technologische Entwicklung, dass erneuerbare Energien immer günstiger werden. Das sieht man in der Entwicklung im arabischen Raum, in China, auch in

den USA. Deswegen setzen ja die USA auf erneuerbare Energien.

Zum Emissionshandelssystem: Selbstverständlich haben wir ein europäisches Emissionshandelssystem. Ich bin auch ein großer Fan dieses Emissionshandelssystems, weil es dafür sorgt, dass Emissionen kostengünstig eingespart werden. Aber auch dort vergessen Sie, dass wir gewisse Effekte haben, wenn wir aus der Kohle aussteigen, dass damit ein Mechanismus verknüpft ist, dass wir Emissionen aus dem Handelssystem wieder rausnehmen. Insofern ist das alles vollkommen in Ordnung.

Mir ist auch klar, ich weiß, dass Sie gleich eine andere Rede halten werden und auch viele Brüche, Ungenauigkeiten bei der Energiewende beschreiben werden. Ich glaube aber, insgesamt sind wir mit der Energiewende auf einem guten Weg. Auch das EEG ist grosso modo ein sehr gutes Gesetz. Wir kümmern uns darum, dass wir Energie erneuerbar haben. Wir kümmern uns um die Zukunft für unsere Kinder, und Sie tun das gerade nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Untrieser. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Baran das Wort.

Volkan Baran (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst vor einigen Tagen kamen Vertreterinnen und Vertreter aus der ganzen Welt zu einer Klimakonferenz zusammen, um darüber zu beraten, wie wir alle zusammen die Erderwärmung und den menschengemachten Klimawandel eindämmen können. Nein, es waren nicht nur USA, Frankreich und Deutschland, sondern insgesamt 40 Nationen, darunter auch Russland und China. Alle waren sich einig, dass dringend etwas getan werden muss.

Jetzt stehen wir hier und diskutieren über einen AfD-Antrag, der wieder mal aus der Zeit gefallen ist. Sie fordern die Abschaffung des EEG und üben Kritik an den Mechanismen des Gesetzes. Wir als SPD fordern, die notwendige Bekämpfung des Klimawandels solidarisch zu gestalten. Wir wollen einen Energiewendefonds von jährlich 10 Milliarden Euro einrichten, mit dem die EEG-Umlage gesenkt wird. Dadurch sollen Kosten sinnvoll verteilt werden. Letztlich fordern wir also mehr sozialverträgliches Engagement, um der Problematik beizukommen.

Jedoch bestreiten wir nicht, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz richtungsweisend war und immer noch richtungsweisend ist. Es hat erneuerbare Energien auf dem Markt etabliert und auch dort integriert. Wer heute über Energie in Deutschland spricht,

kommt an erneuerbaren Energien nicht mehr vorbei, und das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

Wenn nun auf Bundesebene über eine Novellierung des EEG gesprochen wird, muss es darum gehen, an den richtigen Stellen nachzubessern. Das geht nur konstruktiv miteinander, sofern man verstanden hat, warum das wichtig ist.

All das ist leider bei der AfD nicht der Fall. Was Sie tun, meine sehr geehrten Damen und Herren der AfD-Fraktion, ist wieder einmal einfach zu durchschauen. Sie verbergen die immer und immer wiederholte Leugnung des menschengemachten Klimawandels. Mal geht es darum, dass Sie Windräder nicht ästhetisch finden, mal geht es darum, dass Sie Kohle als Energielieferanten der Zukunft sehen. Diesmal ist es unter dem Deckmantel vermeintlich fehlender wirtschaftlicher Effizienz beim EEG.

Sie fordern die sofortige Abschaffung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und die Einstellung sämtlicher Subventionen in dem Bereich in Nordrhein-Westfalen. Und dann? Dann kommt nichts.

Die Aufforderung, größere Forschungsbestrebungen in die Kernkraft zu stecken, ist ebenso von vorgestern wieder Rest Ihres Antrages.

(Beifall von der SPD und Wibke Brems [GRÜNE])

Sie haben häufig genug in diesem Haus, aber auch in anderen Parlamenten bewiesen, dass Ihnen das Problem des Klimawandels schlichtweg egal ist. Am liebsten würden Sie in längst vergangenen Zeiten leben, was Sie auch noch mal mit dem Tagesordnungspunkt 11 bewiesen haben. Dieses rückwärts-gewandte Denken ist nicht nur sehr ermüdend, sondern würde bei einer Umsetzung auch dazu führen, dass der Fortschritt im Energiesektor gebremst würde und unzählige Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen verloren gingen.

(Beifall von der SPD)

Aber so weit denken Sie vermutlich nicht, und wenn doch, muss ich Ihnen leider böse Absicht unterstellen. Ob Nordrhein-Westfalen oder Deutschland abgehängt wird, ist Ihnen letztlich egal, solange Sie Ihre kruden Absichten neu verpacken und einbringen können.

Wir als SPD-Fraktion unterstützen die zukunftsweisende Novellierung des EEGs auf Bundesebene. Wenn ein Energiewendefonds nicht möglich ist, unterstützen wir natürlich unsere SPD-Bundestagsfraktion in dem Bestreben, die EEG-Umlage durch Steuerfinanzierung zu senken, um dem Ziel des sozialgerechten Klimaschutzes näherzukommen – aber ohne alternativloses einfaches Abreißen. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Baran. – Jetzt gibt es eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion, durchgeführt von Herrn Loose. Bitte schön.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Kollege, manchmal weiß man nicht, ob Sie sich jemals mit dem EEG beschäftigt haben oder ob Sie das, was Sie erzählen, einfach nur glauben. Jeder, der sich mit dem EEG beschäftigt hat, weiß, dass seit 2005 keine einzige Tonne CO₂ eingespart wird. Sie sagten, sie wollten den aus Ihrer Sicht menschengemachten Klimawandel bekämpfen und CO₂ vermeiden. – Aber Sie vermeiden mit dem EEG eben kein CO₂.

Dass Kernkraft inzwischen ein Vorreiter in vielen anderen Ländern ist, sieht man überall. Wenn es eine Dunkelflaute gibt, importieren Sie auch immer Kernkraft, beispielsweise aus Frankreich oder aus anderen Ländern.

Wirklich beschämend ist aber, dass Sie am Ende „Glück auf“ sagen, obwohl die SPD die Kumpel ver-raten hat und den Tagebau plattmacht, weil sie die sogenannte Energiewende haben möchte. Das ist extrem beschämend für eine ehemalige Arbeiterpartei. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Volkan Baran (SPD): Ich glaube, dass ich diesen Gruß aufgrund meines beruflichen Hintergrunds als Bergmann aussprechen kann.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

In meinen Redebeiträgen zu Ihren Anträgen ist mir diese Demaskierung sehr wichtig. Mit Ihrer Kurzintervention haben Sie gerade wieder die Kernkraft nach vorne getragen. Mein Bestreben und meine Aufgabe als Sozialdemokrat besteht darin, Sie zu demaskieren und aufzuzeigen, wohin Sie wollen. Sie möchten Deutschland und Nordrhein-Westfalen nicht in die Zukunft tragen, sondern nach Vorgestern bringen, und zwar nicht nur im Energiebereich, sondern in sämtlichen politischen Bereichen.

Wenn es irgendwann dazu kommen sollte, dass Sie sich von Ihrem rechten, nationalistischen Flügel lösen und sich konstruktiv in die parlamentarische Arbeit einbringen, diskutiere ich auch inhaltlich mit Ihnen. Bis dahin sehe ich meine Aufgabe darin, Sie bei jeder Gelegenheit zu demaskieren und aufzuzeigen, was Sie tatsächlich sind.

(Beifall von der SPD und Wibke Brems [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Baran. – Jetzt hat für die FDP Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes* (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zur AfD hat für die regierungstragenden Fraktionen von CDU und FDP das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele höchste Priorität. Deshalb haben wir das veraltete Klimaschutzgesetz von 2013 angepasst und uns als größtes Industrieland in Europa ambitionierte Ziele gesetzt. Bereits im Jahr 2030 wollen wir den CO₂-Ausstoß um 55 % reduziert haben und bis 2050 wollen wir zu 100 % klimaneutral sein.

Unsere Energieversorgung mit erneuerbaren Energien bauen wir kontinuierlich aus. Wir setzen dabei auf Technologieoffenheit und die ganze Bandbreite der Erneuerbaren: Biomasse aus Abfall und Reststoffen, Solar- und Geothermie, Photovoltaik, Wind- und Wasserkraft, Wärme aus Ab- und Grubenwässern, Grubengas und alle weiteren Innovationen, die wir durch unsere Energieforschung noch entwickeln.

Aber – das sei auch klar gesagt – nicht jede Kilowattstunde, die durch das Abschalten von Kohlekraftwerken wegfällt, werden wir durch in Nordrhein-Westfalen produzierte Energie ersetzen können. Unser Ziel ist es aber, bei der Entwicklung der Energieversorgung der Zukunft die Technologieführerschaft einzunehmen.

Für uns ist wichtig, dass Ökonomie und Ökologie in Einklang gebracht und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen Nordrhein-Westfalen mit einem ambitionierten, verantwortungsvollen und zielgerichteten Kurs zum innovativsten und klimaneutralen Industriestandort in Europa machen.

(Beifall von der FDP)

Die Erneuerbaren haben dabei eine Schlüsselrolle. Gerade deshalb müssen wir auch die Frage stellen, ob Regelungen wie das EEG die Potenziale der erneuerbaren Energien in Gänze heben. Genau darauf kommt es nämlich an, wenn der Umbau unserer Energieversorgung gelingen soll. Das ist aktuell nicht der Fall, im Gegenteil: Es behindert den Ausbau der erneuerbaren Energien und auch den Ausbau der notwendigen Speicher eher, als dass es ihn fördert.

Meine Damen und Herren, zum vorliegenden Antrag fand eine Anhörung statt. Wie ich finde, wurden dort, anders als im Antrag, gute und wichtige Anregungen für Veränderungen vorgebracht. Lassen Sie mich kurz zwei Themen nennen: Das sind einerseits die Wettbewerbsnachteile aufgrund der Stromkosten und andererseits die Fehlentwicklungen bei der Bürokratisierung. Die Nachteile deutscher Unternehmen könnten durch den Handel mit CO₂-Zertifikaten überwunden werden. Anträge und Verfahren für den Ausbau von Photovoltaik auf Dächern müssen einfacher werden. Wir brauchen eine smarte und pragmatische Lösung und keine seitenlangen Formulare.

Die AfD macht Politik mit Angst. Sie thematisiert nur Probleme, beschäftigt sich nicht mit Lösungen und verfolgt einen technologiefeindlichen Ansatz.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Nach wie vor verneint die AfD wissenschaftliche Erkenntnisse zu den Ursachen des Klimawandels und dessen Folgen für die Menschen. Der Antrag zeigt keine Alternative auf, mit der Klimaschutzziele verfolgt werden könnten. Im Unterschied dazu setzen wir als NRW-Koalition auf Akzeptanz, Technologieführerschaft und Klimaneutralität. Damit gestalten wir die Energiesysteme der Zukunft.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, der Antrag der AfD-Fraktion führt in die Vergangenheit. Das ist nicht unser Weg, und deshalb lehnen wir ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Brockes. – Jetzt spricht Frau Brems für die Grünen.

Wibke Brems* (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der AfD ist mal wieder so abseits der gesellschaftlichen Diskussion, wie wir es schon von vielen anderen Gelegenheiten kennen. Wir haben eben gehört, dass es dazu eine Anhörung gab. Die Mehrheit der geladenen Sachverständigen, etwa vom Landesverband Erneuerbare Energien, der IHK oder den Familienunternehmern, schüttelt über die Forderungen im AfD-Antrag den Kopf.

Wir brauchen stattdessen einen Ausbau der Erneuerbaren, um so klimaneutrale Energieversorgung zu erhalten. Die Träumereien der AfD von Atomkraft sind, wie so vieles andere auch, vollkommen aus der Zeit gefallen. Deswegen lehnen wir diesen Antrag natürlich ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und Matthias Kerkhoff [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Brems. – Jetzt spricht Herr Loose für die AfD-Fraktion.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Kanzlerkandidat Olaf Scholz – ja, den gibt es auch noch –, der Scholz will nach der Wahl die EEG-Umlage abschaffen. So heißt es zumindest in der „Bild am Sonntag“. Scholz wolle das aus dem Haushalt bezahlen, heißt es dort weiter. Was Herr Scholz anscheinend nicht weiß: Sowohl das Geld für den

Haushalt als auch das Geld für die EEG-Umlage kommt von unseren Bürgern – linke Tasche, rechte Tasche heißt es so schön.

Das Geld aus einem anderen Topf zu nehmen, verschleiert jedoch nur die Kosten der sogenannten Energiewende und schafft sie nicht ab. Die Kosten sind auch nach 21 Jahren immer noch enorm. Der Bundesrechnungshof – der Bundesrechnungshof, meine Damen und Herren! – beziffert die der Energiewende zurechenbaren Ausgaben und Kosten allein für das Jahr 2017 auf mindestens 34 Milliarden Euro. Das sind Zusatzkosten. Das sind nicht die Kosten für die erneuerbaren Energien. Das sind die Zusatzkosten, so die unabhängige Behörde. Das sind Kosten, die unsere Kinder in 20 Jahren noch zu tragen haben.

Das gesamte Gutachten des Bundesrechnungshofs ist eine schallende Ohrfeige für nunmehr 21 Jahre Versagen von CDU, SPD, Grünen und FDP, die alle beim EEG beteiligt waren: nicht kontrollierte Versorgungssicherheit, ein nicht funktionierendes Preissystem, kaschieren von Schwächen, um nur einige Stellen aus dem Gutachten des Bundesrechnungshofs zu zitieren.

Das Ergebnis ist sichtbar. Aus einer Anschubfinanzierung ist längst eine Dauersubvention geworden. Dabei legt der Staat über das EEG wie bei einem Kartell die Preise fest, Preise, die dann die Verbraucher zahlen müssen, ob sie wollen oder nicht. Das zahlt dann die Krankenschwester, der Kellner, die Busfahrerin. Diese haben keinen Arbeitgeber, der ihnen für 20 Jahre einen festen Lohn verspricht und dann sagt: Arbeite halt mal, wenn du willst. – Stellen Sie sich doch mal die Busfahrerin vor, die Sonntagsmorgens mit dem Schulbus durch die Gegend fährt und am Montag sagt: „Ach, heute bleibe ich mal zu Hause und liege im Bett herum“, während die Kinder an der Bushaltestelle warten.

(Zuruf von Henning Rehbaum [CDU])

Das wäre völlig am Bedarf vorbei

(Zuruf von Matthias Kerkhoff [CDU])

und würde weder den Arbeitgebern gefallen noch den Kindern.

Aber beim EEG sieht es anders aus. Wenn der Wind Lust hat zu wehen, dann dreht sich die Windindustrieanlage und produziert Strom. Ob wir Bürger den Strom dann aktuell noch brauchen, das fragt weder der Wind noch der Windmillionär, der für jede produzierte Einheit Strom einen garantierten Festpreis bekommt. Und so bezahlt am Ende der Mieter seinem Zahnarzt die Photovoltaikanlage auf dem Dach, und der Klempner zahlt dem Windmillionär die Villa in der Karibik. So etwas nennen die Sozialdemokraten, lieber Kollege, dann soziale Gerechtigkeit.

Die Experten in der Anhörung äußerten sich übrigens eindeutig – ich zitiere aus der Anhörung –: Woran wird der Misserfolg sichtbar? – Der Misserfolg zeigt sich vor allem an den Realitäten des Netzbetriebes, liebe Kollegen. – Und dann wird auch ein Beispiel genannt: Am 15. September waren zur besten Sendezeit zwischen 19:00 und 20:00 Uhr weniger als 2.000 MW Windkraft am Netz. Das sind bei 62.200 MW installierter Leistung 3,2 %. 3,2 %, meine Damen und Herren! Wind ist halt unplanbar.

Der Experte warnt nicht nur vor Dunkelflauten, sondern auch vor Hellbrisen, das heißt, wenn die Sonne knallt und der Wind weht und so viel Strom produziert wird, dass wir gar nicht wissen, wohin mit dem Strom. Den müssen wir dann teuer ins Ausland verklappen. Der EEG-Strom ist der neue Butterberg der sogenannten Klimaschützer.

Aber auch nach 20 Jahren, liebe Kollegen, haben Sie immer noch nichts gelernt. So gab es den letzten Fehlschlag erst vor einer Woche. Da hat die EU-Kommission entschieden, dass die Subventionen für Uraltanlagen der Windindustrie gegen das Beihilferecht verstoßen. Das war eine schallende Ohrfeige durch die EU-Kommission.

So schließe ich mit den Worten von Christian Lindner, liebe Kollegen von der FDP, aus dem Jahre 2014. Da war er mal kurz in der Opposition, hatte die Bundestagswahl verloren. In der Zeit von 2009 bis 2013 wollte er nichts verändern. Aber kurz danach sagte er dann folgende Sätze:

„Das EEG ist längst zur heiß laufenden Subventionsmaschine geworden, die die Energiewende jeden Tag teurer und grotesker macht. Das EEG gehört nicht reformiert, sondern abgeschafft.“

Das sagte Christian Lindner 2014. Deshalb richte ich meinen Appell insbesondere an die Kollegen der FDP: Unterstützen Sie Ihren Vorsitzenden Christian Lindner, und stimmen Sie heute unserem Antrag zur Abschaffung des EEG zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Gabriele Walger-Demolsky [AfD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Loose. – Jetzt spricht für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mit Blick auf die Energieversorgungsstrategie in Nordrhein-Westfalen festhalten, dass der Antrag, der hier zur Beratung ansteht, keinerlei Aussage dazu trifft, wie wir in Zukunft unsere Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen klimaneutral gestalten sollen. Es gibt keine Aussage dazu.

Im Rahmen Ihrer Ersatzdebatte bringen Sie ein, dass wir in Kernenergieforschung hineingehen sollten. Selbst wenn wir das tun würden, wären die Erfolge, die wir daraus zu erwarten hätten, sicherlich noch einige Jahre, wenn nicht Jahrzehnte von uns entfernt. Zudem werden die Kosten für neue Kernkraftanlagen nach europäischen Sicherheitsstandards so hochgerechnet, so der Chef von RWE, Herr Schmitz, der gerade den Übergang gestaltet, auf einer Veranstaltung, dass wir 12 Cent pro Kilowattstunde zu erwarten hätten. In Portugal wird mithilfe von Photovoltaikanlagen die Kilowattstunde für 1 Cent umgewandelt. Das heißt, die Kernenergie, so, wie wir sie jedenfalls kennen und auf absehbare Zeit neu errichten können, ist den Erneuerbaren längst unterlegen. Das muss man hier auch noch einmal zur Kenntnis bringen.

(Helmut Seifen [AfD]: Weil wir 20 Jahre geschlafen haben!)

Es setzt allerdings voraus – da bin ich bei einem anderen entscheidenden Punkt, der uns schon lange bestimmt –, dass wir die Erneuerbaren so effizient wie möglich und marktbezogen hier wie auch europaweit zum Einsatz bringen. Deswegen ist das, was Christian Lindner gesagt hat – wenn Sie ihn richtig zitiert haben; vom Tenor her jedenfalls halte ich es für authentisch – genau richtig. Wir waren nie Unterstützer des EEG in der Form, wie es ausgestaltet worden ist.

Ich habe mich daher in der Konferenz der Energieministerinnen und Energieminister im vergangenen Jahr, als ich den Vorsitz hatte, sehr stark dafür eingesetzt, dass wir das sehr kritisch betrachten und nach neuen Wegen Ausschau halten, wie wir den Ausbau der Erneuerbaren ohne dieses sicherlich komplexe Werk des EEG gestalten können; denn das EEG hat sehr viele Nachteile, auf die die Liberalen immer aufmerksam gemacht haben und ich als Ihr Energieminister in den letzten Jahren auch. Nur, wir haben uns immer konsequent dafür eingesetzt, dass wir wirklich anschlussfähig sind, dass wir ein alternatives Finanzierungssystem bekommen und sicherstellen können, dass die Erneuerbaren in dem notwendigen Maße tatsächlich ausgebaut werden können. Darin unterscheiden wir uns fundamental von dem, was Sie hier vorschlagen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt aufgreifen, weil Sie Herrn Scholz angeführt haben, der – ich würde sagen – Gott sei Dank jetzt auch zu der Überlegung kommt, dass das EEG in der Form abgeschafft gehört, aber dass eine Alternative fortentwickelt werden muss. Wenn Sie ihn hier zitieren und sagen, linke Tasche, rechte Tasche, dann müssen Sie aber auch fragen, was Sie mit Blick auf Ihre erste Forderung, die Sie an die Landesregierung richten, verbinden wollen; denn Sie sagen doch auch: raus aus dem EEG. Wollen Sie denn denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die auf der Grundlage von

Gesetzen in den letzten Jahren erneuerbare Anlagen errichtet haben, ihre Eigentumsansprüche,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

die sie sich dadurch gegen den Staat erworben haben, in Höhe von zwei- bis dreistelligen Milliardenbeträgen abstreiten? Wollen Sie sagen, das gilt dann alles nicht mehr? Dann sagen Sie das bitte ganz laut, und verbreiten Sie das bitte; denn das wäre dann die Konsequenz. Dann würden Sie sagen, Sie schaffen das EEG ab, und alle bisher aufgelaufenen Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger und der Betriebe gegen den Staat, die gesetzlich verbrieft sind, sind obsolet. Das wäre ein Eigentumsentzug,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

den Sie hier in ganz massiver Form vornehmen würden. Man könnte auch sagen, das wäre eine Entreichung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich das hart erarbeitet haben. Also, da muss ich ganz ehrlich sagen, das sollten Sie dann auch draußen mal bitte so klar zum Ausdruck bringen. Wir jedenfalls stehen zu den Ansprüchen, die den Bürgerinnen und Bürgern auf gesetzlicher Grundlage erwachsen sind. Deswegen ist es auch nicht so einfach, das EEG abzuschaffen, sondern das gelingt nur, wenn man entsprechende Haushaltsmittel bereitstellt und die Prioritäten im Haushalt entsprechend setzt.

Sachlich wäre das geboten, einerseits aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit; denn wir wissen, dass das EEG in hohem Maße regressive Wirkungen hat. Zum Zweiten wäre es geboten, um die Integration der Erneuerbaren in den Markt voranzutreiben und auch Fehlsteuerungen, die wir jetzt haben, gerade bei der Sektorenkopplung, zu überwinden. Das wäre ein ganz entscheidender Punkt.

Das Dritte ist natürlich, dass wir beim Ausbau der Erneuerbaren viel stärker darauf achten müssen, dass sie zu marktlichen Bedingungen ausgebaut werden können. Dazu schafft der technische Fortschritt alle Möglichkeiten, und die müssen wir konsequent nutzen. Wir sehen es bei den Ausschreibungsverfahren, dass wir hier zu immer günstigeren Bedingungen kommen. Das wollen wir fortsetzen, damit die Energiewende tatsächlich gelingen kann; denn wenn wir uns nachhaltig auf Erneuerbare stützen, dann müssen sie auch zu wirtschaftlichen Bedingungen in unserem Land errichtet und betrieben werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister. – Jetzt gibt es noch eine Kurzintervention, weil es so schön war, und außerdem sind aller guten Dinge drei. Das ist die dritte Kurzintervention zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie kommt von der AfD-Fraktion. Herr Loose hat das Wort. Bitte schön!

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Minister, Sie haben mich ja angesprochen und gefragt, was wir denn machen wollen. Natürlich – wir sind ja eine Rechtsstaatspartei – muss es dann eine Entschädigung geben. Die muss, bezogen auf die Ansprüche, die bisher bestehen, natürlich angemessen berücksichtigt werden. Nur, bei Ihnen kommen durch das EEG noch weitere Ansprüche hinzu, wenn Sie es weiterlaufen lassen. Wir stoppen das natürlich.

Was kann man noch tun? Damit Sie mal Lösungsvorschläge bekommen: Man kann die Einspeisung abändern und sagen, dass die sogenannten Erneuerbaren nur noch einspeisen dürfen, wenn sie gesicherte Leistung liefern. Das heißt, jemand, der eine Photovoltaikanlage hat und eine Windkraftanlage, der muss dann sagen: Nächste Woche um 15:00 Uhr liefere ich 1 MW Leistung. Dann muss er das zusichern, sich ein Backup-Kraftwerk sichern und auch klar liefern. Wenn er nicht liefert, muss er eine Pönale zahlen wie jeder andere Energieversorger auch.

Das heißt, es gibt natürlich Lösungen, die wir auch seit acht Jahren betrachten. Aber Sie fragen ja nicht danach. Gut, dass Sie mal nachgefragt haben. Dann konnte ich Ihnen das heute erklären. – Vielen Dank, Herr Minister.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Erst einmal ganz herzlichen Dank, dass ich das jetzt lernen durfte. Ich bin vor allen Dingen dankbar dafür, dass Sie hier bestätigt haben, dass alle Verpflichtungen gegenüber Bürgern und Unternehmen aus dem EEG, wie es bisher bestand, auch in vollem Umfange erfüllt werden müssen. Das sind die Milliardenbeträge, die dann im Haushalt bereitgestellt werden müssen. Das ist schon mal eine klare Aussage von Ihrer Seite. Dann werfen Sie bitte anderen, die das EEG abschaffen wollen, nicht vor: rechte Tasche, linke Tasche. Das ist dann nicht zutreffend. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung empfiehlt in der Drucksache 17/13331, den Antrag Drucksache 17/8893 abzulehnen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Antrag selbst, nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte dem Antrag zustimmen? – Die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – SPD, CDU, FDP und Grüne stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Herr Neppe – fraktionslos – enthält

sich. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8893** mit breiter Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

15 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13426

erste Lesung

Die Aussprache ist eröffnet. Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Scharrenbach das Wort. – Frau Ministerin, bitte schön.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wind, Wohngebäude, Wachstum – so haben wir das Gesetzgebungsverfahren für eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch hier in Nordrhein-Westfalen überschrieben und begleitet. Das hat ganz bestimmte Gründe. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat von Beginn an seit 2017 deutlich gemacht, dass wir die Konfliktfälle, die wir im Zusammenhang mit dem Ausbau von Windenergie in Nordrhein-Westfalen haben, in den Griff bekommen wollen, denn ein Ausbau der Windenergie kann nur funktionieren mit einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung und kann nur funktionieren, wenn man auch den Konsens mit der Bevölkerung erreicht.

Eines gehört zur Wahrheit nun einmal dazu: Nordrhein-Westfalen ist das dichtbesiedeltste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland. Nirgendwo sonst kommt auf einen Quadratkilometer so viel Bevölkerung wie bei uns. Deswegen gibt es natürlich auch Dissonanzen, wenn es um Nutzungen des Raumes geht. Das haben wir an vielen verschiedenen Stellen, auch bei der Windenergie.

Vor dem Hintergrund haben wir uns erfolgreich – ich gucke hier Professor Pinkwart als Wirtschaftsminister an – im Bundesrat dafür eingesetzt, dass wir eine neue Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch bekommen, denn die Vorgängerregierung hatte die Länderöffnungsklausel zum Wohle der Menschen und zum Schutz der Menschen in Nordrhein-Westfalen nicht genutzt. Wir haben diese neue Länderöffnungsklausel entsprechend bekommen.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU])

In Folge dessen setzen wir sie nun auch in das Landesrecht um. Das tun wir aus unserer Sicht in einer sehr differenzierten Art und Weise, die zum einen